

Beschlussempfehlung und Bericht

des Innenausschusses (4. Ausschuss)

- a) **zu dem Antrag der Abgeordneten Ulla Jelpke, Jan Korte, Jan van Aken, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 18/840 –**

Für eine schnelle und unbürokratische Aufnahme syrischer Flüchtlinge in Deutschland und in der EU

- b) **zu dem Antrag der Abgeordneten Luise Amtsberg, Tom Koenigs, Omid Nouripour, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 18/846 –**

Verantwortung übernehmen – Zügig mehr syrische Flüchtlinge aufnehmen

A. Problem

Die antragstellenden Fraktionen verweisen darauf, dass bereits mehrere Millionen Menschen aus Syrien in die Nachbarländer geflohen seien. Durch den anhaltenden Flüchtlingsstrom seien die Anrainerstaaten überfordert. Angesichts dieser humanitären Katastrophe in der gesamten Region soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden, sich gegenüber den Bundesländern für eine Aufstockung der bestehenden Aufnahmekontingente und Erleichterungen beim Nachzug syrischer Familienangehöriger nach Deutschland einzusetzen, den Verzicht auf Inhaftierungen bzw. Abschiebungen syrischer Flüchtlinge nach der Dublin-Verordnung sicherzustellen sowie sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass ein gemeinsames Aufnahmeprogramm für syrische Flüchtlinge initiiert und schutzsuchende Syrer nicht mehr an den EU-Außengrenzen zurückgewiesen werden. Die Fraktion DIE LINKE. fordert die Bundesregierung darüber hinaus auf, in den Kommunen die finanziellen Voraussetzungen für eine menschenwürdige Unterbringung und Unterstützung der Flüchtlinge zu schaffen und sich dafür einzusetzen, mit den finanziellen Mitteln für eine Überwachung der EU-Außengrenzen besser die EU-Mitgliedstaaten bei der Aufnahme von Flüchtlingen zu unterstützen. Nach Auffassung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN soll die Bundesregierung die personellen Kapazitäten in den deutschen Vertretungen in der Region ausbauen und

sich auch dafür einsetzen, dass bis zum Sommer 2014 eine Syrien-Flüchtlingskonferenz auf EU-Ebene einberufen wird.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 18/840 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung eines Mitglieds der Fraktion der SPD.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 18/846 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung von zwei Mitgliedern der Fraktion der SPD.

C. Alternativen

Annahme eine der Vorlagen.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 18/840 abzulehnen,
- b) den Antrag auf Drucksache 18/846 abzulehnen.

Berlin, den 4. Juni 2014

Der Innenausschuss

Wolfgang Bosbach

Vorsitzender

Nina Warken
Berichterstatterin

Rüdiger Veit
Berichterstatter

Ulla Jelpke
Berichterstatterin

Luise Amtsberg
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Nina Warken, Rüdiger Veit, Ulla Jelpke und Luise Amtsberg

I. Überweisung

Die Anträge auf den **Drucksachen 18/840** und **18/846** wurden in der 23. Sitzung des Deutschen Bundestages am 20. März 2014 an den Innenausschuss federführend sowie an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Auswärtige Ausschuss** hat in seiner 15. Sitzung am 7. Mai 2014 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat in seiner 14. Sitzung am 4. Juni 2014 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 10. Sitzung am 7. Mai 2014 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Zu Buchstabe b

Der **Auswärtige Ausschuss** hat in seiner 15. Sitzung am 7. Mai 2014 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat in seiner 14. Sitzung am 4. Juni 2014 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 10. Sitzung am 7. Mai 2014 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Innenausschuss** hat die Anträge in seiner 13. Sitzung am 4. Juni 2014 abschließend beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung eines Mitglieds der Fraktion der SPD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 18/840.

Den Antrag auf Drucksache 18/846 empfiehlt der Innenausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung von zwei Mitgliedern der Fraktion der SPD abzulehnen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betont, dass über das bisherige Maß hinaus weiter geholfen werden müsse. In erster Linie seien nun aber die anderen EU-Mitgliedstaaten gefordert. Die beiden vorliegenden Anträge würden dem bisherigen Engagement der Bundesregierung nicht gerecht. Sie enthielten im Übrigen auch nichts, was nicht ohnehin schon gemacht werde. Es habe einen gemeinsamen Antrag unter Federführung des Auswärtigen Ausschusses gegeben, in den sich der Innenausschuss mit seinen Aspekten eingebracht habe. Deswegen bestehe derzeit kein Anlass, nochmals gemeinsam tätig zu werden.

Die **Fraktion der SPD** bedauert, dass es in der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 23. Mai 2013 an einem klaren Bekenntnis zur Verantwortung der gesamten EU in der Frage der Aufnahme von Flüchtlingen aus Syrien fehle. Enttäuschend sei, dass es bislang nicht gelungen sei, im Deutschen Bundestag

zu einer gemeinsamen Haltung zu finden. Dies würde die Position Deutschlands gegenüber den europäischen Partnern stärken. Auch wenn vor Ort mit einer ganz anderen Breitenwirkung Hilfe geleistet werden könne, spricht sie sich für eine großzügigere Aufnahme von syrischen Flüchtlingen aus.

Die **Fraktion DIE LINKE**. hob hervor, auch wenn Deutschland unbestritten mehr Flüchtlinge aufnehme als andere EU-Mitgliedstaaten, reiche dies nicht aus. Es müsse noch mehr getan werden. Es sei skandalös, wie innerhalb der EU mit dem Flüchtlingsproblem umgegangen werde. Zudem sei es unmenschlich, Personen, die nach Deutschland geflüchtet seien und hier Verwandte hätten, im Rahmen der Dublin-III-Verordnung regelmäßig zu inhaftieren und in einen anderen EU-Mitgliedstaat zurückzuschicken. Es gebe noch weitere 76 000 Anträge von Syrern, die zu ihren Familien nach Deutschland reisen wollten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** verweist auf die problematische Situation, dass syrische Flüchtlinge trotz familiären Bezugs über die Dublin-III-Verordnung inhaftiert und in andere EU-Mitgliedstaaten rücküberstellt würden. Es sei eine politische Entscheidung, wie man sich flüchtlingspolitisch verhalte und ob das Instrumentarium der Verordnung genutzt werde. Die personelle und finanzielle Ausstattung vor Ort müsse weiter verbessert werden. Perspektivisch sollte überlegt werden, sich infrastrukturell besser auf die Aufnahme von wellenartig wiederkehrenden Flüchtlingsströmen vorzubereiten.

Berlin, den 4. Juni 2014

Nina Warken

Berichterstatterin

Rüdiger Veit

Berichterstatter

Ulla Jelpke

Berichterstatterin

Luise Amtsberg

Berichterstatterin

